

EU-Osterweiterung

Investoren sind schon vor Ort

Viele der Länder, die am 1. Mai 2004 der Europäischen Union beitreten werden, haben bereits in den vergangenen Jahren erfolgreich um ausländische Investoren geworben. Je Einwohner gerechnet, hat dabei die Tschechische Republik seit dem Übergang zur Marktwirtschaft mit über 3.400 Dollar die meisten Direktinvestitionen aller EU-Neulinge angezogen. Allein im Jahr 2002 flossen gut 8,2 Milliarden Dollar an Unternehmenskapital an die Moldau – mehr als sechsmal so viel wie 1997. Dieser Anstieg rührt nicht zuletzt daher, dass Prag vor einigen Jahren einen Wechsel in der Privatisierungspolitik vollzog und sich seither gezielt um ausländische Investoren bemüht. Auch Ungarn konnte sich als chancenreicher Standort präsentieren: Dort haben Firmen aus anderen Ländern seit dem Ende der Planwirtschaft insgesamt knapp 23 Milliarden Dollar investiert – gut 2.250 Dollar je Einwohner. Dabei strömten die Mittel nicht nur im Rahmen des Privatisierungsprozesses ins Land, multinationale Konzerne haben außerdem in Industriefreizonen neue Niederlassungen errichtet. Zusätzlich haben Steuerbonbons den Firmen den Gang an den Plattensee versüßt. Den dritten Platz auf der Anleger-Hitliste der EU-Anwärter belegt Estland mit ausländischen Investitionen von etwa 1.860 Dollar je Einwohner. Vor allem schwedische und finnische Unternehmen wagten den Sprung über die Ostsee – ihre Engagements machten Ende 2002 gut zwei Drittel des gesamten Direktinvestitionsbestands aus.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Neue Sterne am Himmel – Die Osterweiterung der Europäischen Union, Köln 2003, 32 Seiten, 7 Euro. Bestellung über Fax: (02 21) 49 81-4 45 oder via E-Mail: div@iwkoeln.de

Gesprächspartner im IW: Dr. Berthold Busch, Telefon: (02 21) 49 81-7 62



Investoren sind schon vor Ort

Viele der Länder, die am 1. Mai 2004 der EU beitreten werden, sind bei ausländischen Unternehmen schon lange begehrte Standorte. Die künftigen EU-Staaten haben unter anderem mit gezielten Privatisierungs-Strategien, aber auch mit Steuerbonbons um Investoren geworben.*)

Im kommenden Jahr werden viele Menschen in Mittel-, Ost- und Südeuropa dem (Feier-)Tag der Arbeit mit besonderer Freude, zumindest aber mit großer Spannung entgegensehen. Denn am 1. Mai 2004 soll die EU um zehn Staaten wachsen. Bulgarien und Rumänien hoffen, drei Jahre später ins europäische Haus zu ziehen.

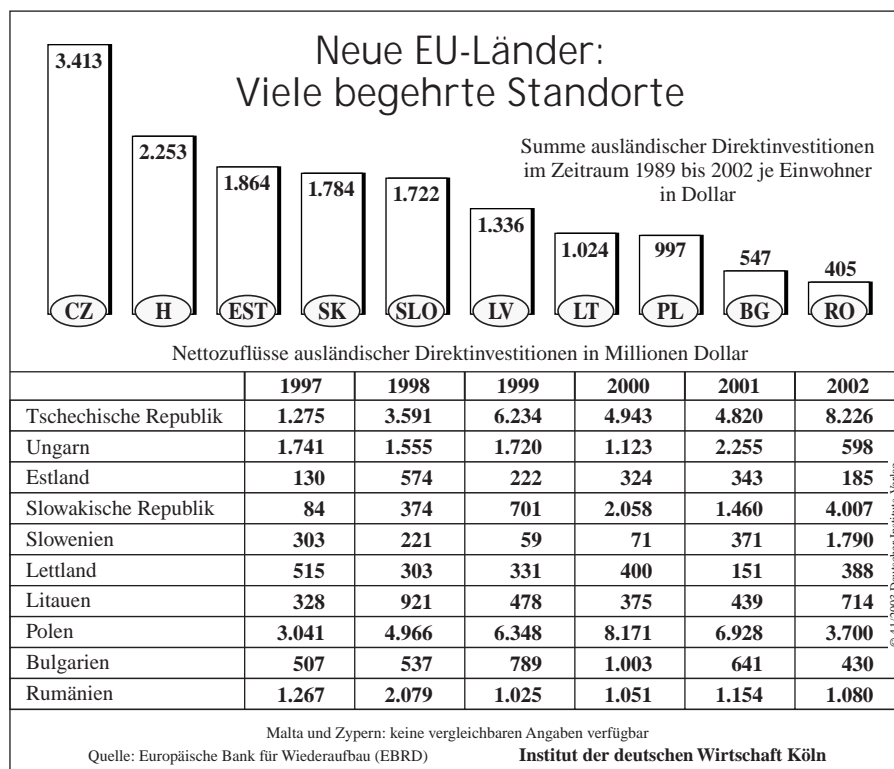
Viele Neulinge haben die künftige Mitgliedschaft im EU-Club als Chance begriffen, ihr Land für ausländisches Kapital attraktiv zu machen – und das offenbar mit Erfolg. Denn schon in den vergangenen Jahren haben zahlreiche Investoren ihre Zelte zwischen dem Baltikum und dem Mittelmeer aufgeschlagen. Die begehrtesten Standorte:

Tschechische Republik. Mit über 3.400 Dollar je Einwohner hat das Land an der Moldau seit 1989 die meisten Direktinvestitionen aller neuen EU-Länder angezogen (Grafik):

Allein im Jahr 2002 flossen gut 8,2 Milliarden Dollar an Unternehmenskapital nach Tschechien – mehr als sechsmal so viel wie 1997.

Die Attraktivität des Anlageziels gesteigert hat wohl vor allem der Kurswechsel in der Privatisierungspolitik. Beim Übergang in die Marktwirtschaft hatte die Regierung zunächst auf die sogenannte Kupon-Lösung gesetzt, bei der der Firmenbesitz zwar im Inland breit gestreut wurde, die neuen Eigentümer aber oft zu schwach für die notwendigen Umstrukturierungen waren und auch nicht genügend frisches Kapital in die Betriebe stecken konnten.

Seit einigen Jahren bemüht sich Prag daher gezielt um ausländische Investoren. Ein Vorzeigerfolg: Im vergangenen Jahr übernahm ein deutscher Ener-



giekonzern die Erdgasgesellschaft Transgas für 4,1 Milliarden Euro. Auch im Bankensektor mischt das Ausland kräftig mit – laut EU-Kommission verwalten ausländisch geführte Finanzinstitute heute 95 Prozent des Bilanzkapitals aller Banken in Tschechien.

Ungarn. Auch das Werben Budapests um Auslandskapital war seit dem Ende der Planwirtschaft äußerst erfolgreich:

Unternehmen aus anderen Ländern haben seit 1989 knapp 23 Milliarden Dollar in Ungarn investiert – gut 2.250 Dollar je Einwohner.

Dabei strömten die Mittel nicht nur im Rahmen des Privatisierungsprozesses ins Land, multinationale Konzerne haben zudem in Industriefreizonen neue Niederlassungen errichtet. Von dort kommen mittlerweile zwei Drittel aller ungarischen Maschinenausfuhren.

Der Gang an den Plattensee wurde den Firmen mit Steuerbonbons zusätzlich versüßt. Unternehmen, die mindestens 10 Milliarden Forint – gut 40 Millionen Euro – investierten und bestimmte Beschäftigungsvorgaben erfüllten, wurden für bis zu zehn Jahre von der

Körperschaftsteuer befreit. Damit ist jedoch bald Schluss. Denn die Steuererlässe sind nicht mit dem EU-Recht vereinbar und müssen daher nach einer Übergangsfrist in gezielte Regionalbeihilfen umgewandelt werden.

Estland. Den dritten Platz auf der Anleger-Hitliste der EU-Anwärter belegt der nördlichste Baltenstaat – mit etwa 1.860 Dollar an Direktinvestitionen je Einwohner. Dazu dürfte auch die transparente Politik beigetragen haben. Bei mittleren und großen Unternehmen wurden die Privatisierungsangebote öffentlich ausgeschrieben. Den Zuschlag bekamen jene „strategischen Investoren“, denen am meisten zugetraut wurde, die Zukunft der Betriebe zu sichern.

Ausländische Unternehmen konnten sich dabei offenbar gut ins Spiel bringen. Vor allem schwedische und finnische Firmen wagten den Sprung über die Ostsee – ihre Engagements machten Ende 2002 gut zwei Drittel des gesamten Direktinvestitionsbestandes aus.

*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Neue Sterne am Himmel – Die Osterweiterung der Europäischen Union, Köln 2003, 32 Seiten, 7 Euro. Bestellung über Fax: (02 21) 49 81-4 45 oder via E-Mail: div@iwkoeln.de